

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großhain

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellereizeile 2 Mk., Infertate v. ausm. 10gep. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat 50 Pf., Kellereizeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Finanzpläne über Thoiry.

Neue Projekte.

Der Soz. Pressedienst teilt mit:
Der Thoiry-Ausschuss der Reichsregierung nahm am Montag nachmittags in einer zweistündigen Sitzung die Berichte für eine deutsche Hilfe bei der Sanierung des französischen Frank in Frage kommenden Ministerien entgegen. Der Ausschuss wird die eingeleitete Diskussion über diese Berichte in den nächsten Tagen fortsetzen.
Der Sinn dieser Beratungen ist, einen neuen Weg über die finanzielle Hilfe Deutschlands bei der Sanierung des französischen Frank zu suchen, nachdem der bisherige Plan, einen Teil der deutschen Eisenbahnobligationen zu mobilisieren und dadurch von der Gegenleistung politische Zugeständnisse im Westen zu erzielen, aus wirtschaftlichen Gründen zunächst zurückgestellt worden ist. Vorläufig steht wieder der Plan einer Auslandsanleihe im Vordergrund, die von dem Reparationsagenten aufgenommen werden müsste und für deren Sicherheit ein Teil der Eisenbahnobligationen in Höhe von 5 bis 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen wäre. Diese Anleihe wird auf 3 bis 4 Milliarden Mark bemessen. Auch diesem Plan stehen große Schwierigkeiten entgegen. Sie liegen hauptsächlich darin, daß durch ihn etwa die Hälfte der Eisenbahnobligationen festgelegt würde und so für eine spätere Gesamtlösung der Reparationsfrage nicht mehr in Frage kommen könnte.

Aus dieser Mitteilung ist zunächst mit Klarheit ersichtlich, daß die geplante Mobilisierung der Eisenbahnobligationen für die finanzielle Rechnung von Thoiry die Schwierigkeiten nicht hat überwinden können. Wir haben des Öfteren gezeigt, wo diese liegen. Abgesehen von der technischen Schwierigkeit sind die amerikanischen Hindernisse nicht überstrichen worden: Frankreich hat immer noch nicht seine Schuldenregelung mit Amerika beglichen.

Aber auch eine andere Form der deutsch-französischen Finanzpläne bleibt an amerikanischen Voraussetzungen gebunden. Es ist nicht aus der obigen Mitteilung ganz klar, in welcher Weise man nunmehr die Finanzfrage von Thoiry lösen will. Die obige Mitteilung läßt die Bewertung der Eisenbahnobligationen ziemlich undeutlich erscheinen. Einiges Licht kommt in diese Pläne durch Mitteilungen, die der Petit Parisien macht. Hiernach sollen die finanziellen Probleme der deutsch-französischen Verständigung drei Projekte enthalten:

1. Den Verkauf der Eisenbahnobligationen.
2. Aufnahme einer deutsch-französischen Anleihe unter Verpfändung der Eisenbahnobligationen.

3. Eine sogenannte Anleihe der deutschen Befreiung, die in Deutschland selbst ausgegeben werden soll.

Nach der Mitteilung der Reichsregierung sieht es jetzt also so aus, als ob der erste Plan ins Wasser gefallen sei und man jetzt bei der Erörterung des zweiten stehe. Zu diesem zweiten Plan weiß der Petit Parisien mitzuteilen, daß eine gemeinsame deutsch-französische Anleihe zu 8 oder 9 Prozent und zum Parikurs mit einer Anleihehöhe von 5 bis 6 Milliarden beabsichtigt sei. Die 11 Milliarden Eisenbahnobligationen sollen als Hypothek dienen. Hierfür wäre selbstverständlich auch die Zustimmung des Reparationsagenten nötig. In welcher Weise man diesen zweiten Plan praktisch zur Durchführung bringen will, lassen die Mitteilungen des Petit Parisien nicht erkennen: Es ist die auch hierbei nicht unwichtige Frage immer noch ungelöst, ob die anderen Staaten in irgendeiner Form ihre Reparationsanteile zur Geltung bringen werden, d. h. ob sie bereit sind, die gesamte mobilisierte Masse Frankreich zu überlassen, oder ihm nur die 54 Prozent nach dem revidierten Reparationsverteilungsschlüssel zuzugestehen. Zu dem Artikel des Petit Parisien wird von offiziöser französischer Seite zwar erklärt, daß es sich um bloße „Kombinationen“ handle; es besteht jedoch zwischen ihm und der Mitteilung der Reichsregierung ein so auffälliger Zusammenhang, daß man die Auslassung des Petit Parisien etwas ernster zu nehmen hat, als man dies darzustellen beliebt. Jedenfalls bleiben auch weiterhin eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Hemmnissen zu überwinden, bis die deutsch-französische Verständigung ihre finanzielle Lösung erfährt.

Fortssetzung der Unterredungen Hoesch mit Briand.

III. Paris, 1. November.

Zu den deutsch-französischen Annäherungsverhandlungen will der Paris midi wissen, daß Reichsminister v. Hoesch aus Berlin neue Instruktionen erhalten werde, und zwar für seine für den kommenden Mittwoch festgesetzte Unterredung mit Briand. Sonst behauptet das Blatt noch, daß die deutschen politischen Kreise hinsichtlich der Politik von Thoiry einen Fortschritt verzeichnen zu können glauben.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages. Sein Arbeitsprogramm. — Das Regierungsproblem.

Am 3. November nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Damit konzentrieren sich alle politischen Erörterungen auf das Haus am Platz der Republik. Ständen im vergangenen Winter noch die außenpolitischen Fragen im Vordergrund, so ist nunmehr auf diesem Gebiete ein gewisser Abschluß erfolgt, wenngleich die Lösungen der in Thoiry aufgeworfenen Probleme noch lebhafteste Debatten im Gefolge haben dürften.

Die Hauptaufgabe des Reichstages ist die Beratung des Etats. Er wird alles daran setzen müssen, um eine rechtzeitige Fertigstellung des Reichshaushaltsgesetzes durchzuführen, denn nur so ist es möglich, alle Maßnahmen der Regierung einer eingehenden Kontrolle zu unterwerfen. Bekanntlich gelang es im vergangenen Jahre, seit mehr als einem Dezennium zum ersten Male, den Etat in der verfassungsmäßig festgesetzten Zeit, nämlich bis zum Beginn des neuen Finanzjahres, am 1. April, fertigzustellen. Die Beratungen über die einzelnen Kapitel des Reichshaushaltsgesetzes geben Gelegenheit, alle innen- und außenpolitischen Probleme einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Neben dieser staatsrechtlichen Behandlung der schwebenden Fragen soll in diesem Winter eine ganze Reihe bestimmter innerpolitischer Probleme zur Lösung gelangen.

Die wichtigste Frage, die am schnellsten einer Erledigung bedarf, ist gegeben durch die wirtschaftliche Konjunktur, durch die Fortdauer der Krise, durch das Niederliegen der Geschäftstätigkeit und durch die damit verbundene hohe Ziffer der Arbeitslosen. Die Gestaltung der Arbeitslosenunterstützung, ihre Erweiterung und ihr sozialer Ausbau hat bereits in den Erörterungen des Sozialpolitischen Ausschusses eine große Rolle gespielt. Soweit zu ersehen ist, finden zur Zeit unter Führung demokratischer und Zentrumsgliederter Verhandlungen mit der Reichsregierung statt, um, entgegen der ablehnenden Haltung, die die Minister Curtius, Dr. Brauns und Dr. Reinhold bei den Beratungen eingenommen hatten, wenigstens einige Zugeständnisse herauszuquetschen. Jedenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion darauf zu dringen haben, daß den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftspolitik ihre unverschuldete Notlage durch Mittel der Öffentlichkeit weitestgehend gemildert wird.

Die einzelnen Ministerien haben eine Fülle von Vorlagen angekündigt, mit denen sich der Reichstag in der bevorstehenden Session eingehend beschäftigen soll. Im Vordergrund stehen die Arbeiten des Innenministeriums. Wir verweisen auf die Zusammenfassung des Reichsrechtes. Damit soll jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst über den rechtlichen Gang gewisser Fragen orientieren zu können. Dies bedeutet eine Sichtung der zahllosen Gesetze und Verordnungen aus früherer Zeit. Alles Ueberholte soll beseitigt und nur die noch jetzt zur Anwendung gelangenden Bestimmungen der Gesetze sollen in die neue Sammlung aufgenommen werden. Das Ausführungsgesetz zum bekannten Disparatographen 48 hat bereits eine große Rolle gespielt. Die Vorgeschichte des berührigten Referentenentwurfs ist bekannt. Daraus ergibt sich aber, welche heftige Kämpfe um die Lösung dieser Frage entbrennen dürften. Wir nennen weiterhin die angekündigte Wahlreform, wobei der Umbau des Listensystems im Vordergrund steht, das Reichsschulgesetz, über das der Reichstanzler Dr. Marx auf der letzten Erfurter Zentrumstagung allerlei verkapultierte Andeutungen machte. Er will „all denen, die die Simultan- oder die Religionschule als das zu erstrebende Ziel erachten, das Recht geben, Schulen der von ihnen gewünschten Art einzurichten“. Daraus ergibt sich, daß alle Bemühungen, der Schulreformer, einen einheitlichen Aufbau des Schulsystems im Reiche herbeizuführen — an dem Widerspruch des Zentrums scheitern dürften, und die Bestrebungen der Deutschnationalen, in dieser Hinsicht ihre Einflüsse geltend zu machen, sind bekannt.

Der Gesetzentwurf „gegen Schmutz und Schand“ liegt bereits in der Fassung des Ausschusses vor. Er dürfte in erster Linie im Plenum beraten werden, sofern es den Linksparteien nicht gelingt, den Wünschen der Deutschnationalen, den Vätern des Gesetzes, entgegenzutreten. Auch die anderen Ministerien bereiten eine große Reihe Gesetzentwürfe vor. Wir nennen die Materien des Arbeiterschutzes. Die Arbeitszeitfrage wurde durch den letzten Vorstoß der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt. Der Gesetzentwurf über die Arbeitsgerichte wird gegenwärtig im Ausschuss beraten. Von besonderer Bedeutung sind die Vorberatungen, die das Reichswirtschaftsministerium zur Neugestaltung des Zolltarifes trifft. Soweit bekannt, wird sich der Reichstag in dieser Session mit dieser Frage nicht zu beschäftigen haben, da nach den Neuperungen des Wirtschaftsministeriums die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Von größter Bedeutung ist das Problem des Finanzausgleichs. Er wird zwar auch keine endgültige Lösung finden, aber über die Grundlinien in den finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß eine gewisse Klarheit

Die Verteilung der Landtagsmandate.

Entgegen unserer gestrigen Meldung über die Verteilung der sozialdemokratischen Mandate hat sich die von uns schon angegebene Verteilung ergeben. Das zehnte Mandat der Sozialdemokratie in Leipzig kommt in Wegfall, dafür erhält die Sozialdemokratie in Chemnitz ein Mandat mehr, statt neun, zehn. Der Verlust der 9 sozialdemokratischen Mandate verteilt sich also: Leipzig: 1, Dresden: 4, Chemnitz: 4.

Die Abgeordneten nach Wahlkreisen verteilt.

	Leipzig	Dresden	Chemnitz	Zusamm.
Sozialdemokratische Partei	9	12	10	31 (17)
Kommunisten	4	4	6	14 (10)
Wirtschaftspartei	1	2	1	4 (23)
Nat.-soz. Arbeiterpartei (Hitler)	—	1	1	2 (—)
Deutschnationale Volkspartei	4	6	4	14 (10)
Deutsche Volkspartei	4	4	4	12 (19)
Wirtschaftspartei (Mittelstb.)	2	4	1	10 (—)
Demokratische Partei	2	2	1	5 (8)
Reichspartei f. Volk u. Aufw.	1	1	2	4 (—)

Das vorläufige Gesamtergebnis.

III. Dresden, 1. November.

Nach dem vorläufigen endgültigen Resultat der Wahlkreise Dresden-Bauhen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau haben zum neuen sächsischen Landtag gewählt:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 758 132, Reichstag 1924 936 206, Landtag 1922 1 050 247. Mandate jezt 31, bisher 17.

„Mitt. sozialdemokratische Partei“: 93 026 Reichstag, 1924 keine, Landtag 1922 keine. Mandate jezt 4, bisher 23.

Deutschnationale Volkspartei: 341 065, Reichstagswahl 1924 546 964, Landtagswahl 1922 482 469. Mandate jezt 14, bisher 20.

Deutsche Volkspartei: 292 070, Reichstag 1924 409 726, Landtag 1922 474 708. Mandate jezt 12, bisher 18.

Kommunisten: 342 112, Reichstag 1924 294 456, Landtag 1922 266 864. Mandate jezt 14, bisher 10.

Wirtschaftspartei: 111 351, Reichstag 1924 192 032, Landtag 1922 214 189. Mandate jezt 5, bisher 8.

Wirtschaftspartei: 237 459, Reichstag 1924 124 193, Landtag 1922 5113. Mandate jezt 10, bisher keine.

Böhmisch-sozialistische Arbeitergemeinschaft: 10 392, Reichstag 1924 83 077, Landtag 1922 11 358. Mandate jezt keine, bisher ebenfalls keine.

Zentrum: 25 807, Reichstag 1924 25 893, Landtag 1922 22 614. Mandate jezt und bisher keine.

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei: 35 888, Reichstag 1924 keine, Landtag 1922 keine. Mandate jezt 2, bisher keine.

Reichspartei für die Aufwertung: 94 258, Reichstag 1924 18 920, Landtag 1922 keine. Mandate jezt 4, bisher keine.

Haus- und Grundbesitzer: 7027, Reichstag 1924 keine, Landtag 1922 keine. Mandate jezt und bisher keine.

Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70,3 Proz.

Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei. Große Erfolge bei den Gemeindevahlen. — Schwere Niederlage der Konservativen.

Am Montag fanden in England und Wales (London ausgenommen) Gemeindevahlen statt, deren Ergebnis mit großem Interesse erwartet wird. Laut Daily Herald hat die Arbeiterpartei 788 Kandidaten aufgestellt, die Konservativen 585, die Liberalen 209 und die Unabhängigen 294. Ueber den Ausgang der Wahlen liegt vorläufig nur die folgende Meldung vor:

WTW. London, 2. November.

Nach den um 12 Uhr nachts vorliegenden Ergebnissen der Gemeindevahlen ist der Stand der Parteien folgender: Arbeiterpartei 147 Gewinne, acht Verluste, Konservative 18 Gewinne, 87 Verluste, Liberale 7 Gewinne, 56 Verluste, Unabhängige 13 Gewinne, 34 Verluste. In Birmingham gewann die Arbeiterpartei 8, in Nottingham 5 und in Wootle 2 Sitze. In dem neu eingerichteten Wahlkreis Twickenham dagegen wurden 19 Konservative und 5 Unabhängige gewählt, während 14 Arbeiterkandidaten unterlagen. Das Arbeiterblatt Daily Herald schreibt, die vernichtende Niederlage, die die Konservativen erlitten hätten, sollte dem Premierminister und seinen Kollegen zu denken geben.